

# **Resolution des Landeselternrates Sachsen 03. Februar 2001**

**Der Landeselternrat Sachsens wendet sich in Sorge an die Politik, die Wissenschaft und Wirtschaft in Sachsen sowie an alle Bürger:**

**Das ist unsere Vision:**

**In Sachsen sollen sich junge Leute wohlfühlen. Sie sollen hier sesshaft werden und bleiben. Darum müssen sie Ausbildungs- und Arbeitsplätze finden - in traditionellen und auch neuen Berufen. Die sozialen und Umfeldbedingungen müssen ansprechend und kinderfreundlich sein. Es sollen vielfältige, interessante Möglichkeiten für Kultur und Sport bestehen.**

**Merkmale und Werte sächsischer Bürgerinnen und Bürger sollen besonders sein: Ehrfurcht vor allem Lebendigen, Nächstenliebe, Erhaltung des Friedens und der Umwelt, Heimatliebe, sittliches und politisches Verantwortungsbewusstsein, Gerechtigkeit, Achtung der Überzeugung des Anderen, berufliches Können, soziales Handeln, freiheitliche demokratische Haltung.**

Auf seiner Beratung am 03. Februar 2001 beschäftigte sich der Landeselternrat wiederholt mit der Mittelschulproblematik.

1. Der Landeselternrat stellt fest, dass Verordnungen zum Schulgesetz und das praktische Handeln der Schulaufsichtsbehörden inzwischen dem Willen der Sächsischen Verfassung entgegenwirken.  
Wir sehen besonders die Artikel 7, 22, 29, 101 sowie 82(1), 84(2), 92(1), 102(4) verletzt.  
Einziges Entscheidungskriterium am Beispiel der Mittelschulen sind Geld und Schülerzahlen.
2. Die Staatsregierung hat bisher versäumt festzustellen, dass sich die Situation in Sachsen wirtschaftlich, beschäftigungspolitisch, ausbildungsplatzmäßig, sozial, sowie pädagogisch und psychologisch stark verändert hat. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich die Rolle der Familie verändert hat, die psychischen und sozialen Bedingungen für die Kinder gänzlich andere sind und Schule – so wie sie ist und von der Politik weitergedacht wurde - die Defizite nicht begleichen kann.
3. Der Landeselternrat stellt fest, dass aus Sachsen immer mehr junge Leute weggehen, zum Teil in anderen Bundesländern ausgebildet werden und dort auch sesshaft werden. Ein entsprechender Zuzug von jungen Leuten aus anderen Bundesländern ist nicht feststellbar. Damit wird die natürliche Reproduktion ganzer Regionen in Frage gestellt.
4. Damit verliert Sachsen auch gleichzeitig motivierte gut ausgebildete Arbeitskräfte, die eine unverzichtbare Voraussetzung für die Ansiedlung von moderner Industrie und Entwicklung der Wirtschaft aber auch von Bildung, Kultur und Sport sind. Beispiel dafür ist das Fehlen junger Lehrer in unserem Land.

5. Die Kommunen und damit die Wege sind durch die Gemeindereform größer, aber die Möglichkeiten der Kommunikation und Kultur sind geringer geworden. Für die Entwicklung von Heimatliebe und Tradition sind Mittelschulen in den Kommunen notwendig. Brauchtum, Heimatverbundenheit und Glaube sind unverzichtbar für die Entwicklung von Lernatmosphäre und Werteerziehung.  
Weitere Entfernungen bedeuten für die Kinder „Zeitklau“: mehr Zeit im Bus, weniger für Lernen, Spiel und Sport. Für viele Kinder ist die Zeit an der Bushaltestelle und im Bus auch psychisch eine hohe Belastung.  
Die notwendige Verbindung zwischen Eltern und Schule wird durch größere Entfernungen erschwert. Zusätzlich entstehen für Eltern und Kommunen immer höhere finanzielle Belastungen für Beförderung.
6. Im Landkreis Bautzen ist das Modell „Schulverbund Mittelschule,“ entwickelt worden, das von der Schulaufsicht weder fachlich unterstützt, noch gründlich begutachtet wurde. In dieser Region sind sich alle Parteien und politischen Kräfte, Vereine und tausende Bürger einig, den Vorschlag der Arbeitsgruppe des Landrates zur Bildung von Mittelschulverbänden in die Praxis umzusetzen.  
Die Arbeitsgruppe hat Politik, Finanzen, Verkehrsplanung, Rechtsaufsicht, Eltern und Schule einbezogen und weitgehend Konsens mit den Vorstellungen des Regionalschulamtes z.B. hinsichtlich Anzahl der Züge und Betrachtung von Planungsregionen erzielt. Diese Zusammenarbeit ist beispielhaft für ganz Sachsen.  
Der Landeselternrat fordert das Kultusministerium und alle Beteiligten dazu auf, diese und ähnliche Modelle in ganz Sachsen umzusetzen.
7. Es entspricht nicht unserem Demokratieverständnis, Schulleitern und Lehrern einen „Maulkorb“ zu verpassen. Die Schulaufsicht ist als Dienstleister nicht nur der Politik sondern vor allem gegenüber der sächsischen Bevölkerung in der Verantwortung.
8. Die Wissenschaft und die sächsische Wirtschaft sehen die Situation ebenfalls kritisch und fordern neue Herangehensweisen. Die Wirtschaft braucht junge gut ausgebildete, motivierte Fachkräfte. Schule und Wirtschaft müssen stärker zusammenarbeiten.  
Das Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW) in Berlin weist in seiner Prognose für 2001 darauf hin, dass eine Umschichtung der finanziellen Mittel zugunsten von Bildung und Erziehung besonders in den neuen Ländern unbedingt erfolgen muss. Dabei müsse die vorhandene Infrastruktur zumindest erhalten, besser noch ausgebaut werden. Und Schule gehört zur Infrastruktur.
9. Kinder stehen heute vor neuen und sich rasant verändernden Bedingungen. Die Situation in den Familien hat sich verändert. Medien bestimmen zunehmend Denken und Handeln. Ärzte weisen auf negative Veränderungen bei den Kindern hin. Jedes dritte Kind im Grundschulalter weist Verhaltensstörungen auf.  
Ein allgemeiner Werteverlust ist zu beklagen. Immer mehr Eltern können aus unterschiedlichen Gründen (wie z.B. Zeit, räumliche Trennung, Kraft und Motivation aber auch Erfahrung im Umgang mit Neuem fehlt) Erziehung nicht mehr allein und intensiv realisieren.  
Angesichts alarmierender sichtbarer Erscheinungen wie z.B. Zunahme von Drogenkonsum, Gewalt und Rechtsextremismus muss auf der Grundlage einer aktuellen Analyse der gesellschaftlichen Situation auch Schule in Sachsen neu überdacht werden. Die Anonymität in größeren Schulen begünstigt die negativen Entwicklungen. Dem muss sich die Gemeinschaft insgesamt stellen. Politik hat dabei eine besondere Verantwortung.